

# Wie kann Zwang im psychiatrischen Hilfesystem vermieden werden?

Ein Selbsthilfe-Workshop macht Veränderungsbedarfe deutlich.

Von Linda Mische und Katharina Fröhlich

► Am 13. Juli veranstaltete die Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbände e.V. (BAG GPV) in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Selbsthilfe seelische Gesundheit e.V. (NetzG) einen Selbsthilfe-Workshop zum Thema »Vermeidung von Zwangsmaßnahmen im psychiatrischen Hilfesystem« in Düsseldorf, gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ein Selbsthilfe-Workshop sollte es sein, der die Sichtweise der Betroffenen in den Blick nimmt und es ihnen ermöglicht, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Trotz sommerlicher Höchsttemperaturen und des sehr sensiblen Themas folgten ca. siebzig Teilnehmende der Einladung. Schwerpunktmäßig wurden alle in NRW öffentlich zugänglichen Selbsthilfegruppen mit psychiatrischem Bezug eingeladen. Eine ruhige, entspannte Atmosphäre erlaubte Diskussionen im Plenum und vor allem in den Foren am Nachmittag. Doch es kann gleich vorweggenommen werden, dass die Zeit knapp bemessen war und Folgeveranstaltungen sinnvoll und notwendig sind.

Das Herz des Workshops sollten die Foren sein, in denen Austausch und Diskussion möglich werden sollte. Die Themen

- Akteure der Zwangsveranlassung,
- Alternativen zum Zwang und
- Bereiche der Veränderungen zur Zwangsvermeidung.

## Akteure der Zwangsveranlassung

Im Forum »Akteure in der Zwangsveranlassung – Wer führt unnötigen Zwang herbei? Wer kann unnötigen Zwang vermeiden?« haben die Ergotherapeutin und Genesungsbegleiterin Gudrun Tönnies und Christian Zechert als Vertreter der Angehörigen psychisch Kranker die Moderation übernommen und Impulse zum Thema gegeben. Die Diskussion zielte weniger darauf ab, den Finger auf bestimmte Berufsgruppen zu richten als eine gemeinsam gestaltete Kommunikation zu fördern. Die verbesserte Kommunikation und die Dokumentation

von Zwangsmaßnahmen sind Voraussetzung für eine gute berufs- und institutionsübergreifende Zusammenarbeit. Ganzheitliche Ansätze zur personenzentrierten Behandlung werden benötigt und flexible Systemstrukturen befürwortet. Im Gegensatz dazu scheint eine hohe Hierarchie eher Angst einzuflößen und wirkt zudem auf eine Krisensituation nicht unbedingt entzerrend. Der menschliche Umgang miteinander sollte für gestärkte und angenehmere Beziehungsarbeit möglichst verbessert werden. Wichtig ist hier vor allem – auf allen Seiten –, das Gegenüber ernst zu nehmen. Ob Betroffener, Angehöriger oder psychiatrisch Tätiger, die Diskussion verdeutlichte, dass jeder einen eigenen Anteil daran hat, wie die Situation gestaltet werden kann.

## Alternativen zum Zwang

Das Forum »Alternativen zum Zwang – Was dient der Zwangsvermeidung im Vorfeld? Was wirkt?« leiteten Carsten Hoffmann als Vorstandsmitglied NetzG und EX-IN-Genesungsbegleiterin Sonja Utzenrath mit Impulsbeiträgen ein. Um in der Krise Zwang vorzubeugen, wurde über eine intensive Betreuung diskutiert. Dies könnte eine auf Wunsch des Betroffenen dazugerufene Person sein, z.B. ein Angehöriger, eine Freundin oder ein Genesungsbegleiter, um die Person in der Akutsituation zu unterstützen. Home Treatment bzw. die stationsäquivalente Behandlung wurden als Möglichkeiten genannt, um die Vor- und Nachsorge besser in das alltägliche Leben einzubetten und um Krisen vorzubeugen.

Ein weiterer großer Themenpunkt war der Appell, personelle Strukturen zu schaffen, die es psychiatrisch Tätigen ermöglichen, mehr Zeit mit dem Betroffenen zu verbringen. So könnte eine Vertrauensbasis aufgebaut werden und gemeinsam nach individuellen Lösungen gesucht werden. Zudem wurde eine verbesserte Aufklärung des Betroffenen und des Umfelds über das aktuelle Geschehen und zukünftige Optionen ermittelt, um mögliche Konfliktsituationen im Vorfeld entspannen zu können. Auch eine gezielte, zwangsvermeidende Ausbildung und Aufklärung der Akteure wurden als Kernpunkte identifiziert, unter anderem, um Missverständnissen vorzubeugen.

## Bereiche der Veränderung

Im Forum »Bereiche der Veränderungen zur Zwangsvermeidung – Wo werden Änderungen notwendig?« übernahmen Thomas Künneke vom Verein »Kellerkinder e.V.« und NRW-Besuchskommissionsmitglied Hartmut Kruber die Impulsbeiträge und die Moderation. In dieser Runde wurde für ein verändertes Verständnis und eine neue Bewusstseinsbildung in den Einrichtungen plädiert. Peers und Profis sollten gleichermaßen über die menschenrechtlichen Bedingungen informiert sein, informieren und dies auch in ihrer Haltung umsetzen. Eine Einrichtung oder ein Krankenhaus sollte idealerweise ein Lösungsraum sein und keine Krisen verschärfen. Dafür wird genügend Personal benötigt, das wiederkehrende und entspannte Gesprächsangebote machen kann. Auch Gesprächsangebote von Peers bzw. EX-INlern wirken zwangsvermeidend. Zudem wurde deutlich, dass Selbstbestimmung auch heißt, Selbstverantwortung zu übernehmen. Dazu müssen Betroffene ihren Teil beitragen können. Die Frage ist also, wie man in der Lage sein kann – mit oder ohne Unterstützung –, selbst Verantwortung zu übernehmen. Einig war man sich, dass dazu das System mit seinen hierarchischen Strukturen, das momentan durch fremdbestimmte Fürsorge geprägt ist, etwas durchlässiger werden muss bzw. diese Optionen noch schaffen muss.

Die Diskussionen in allen drei Foren machten deutlich, dass eine Veränderung in folgenden Bereichen notwendig ist, um Zwangsvermeidung zu erreichen.

- Es gilt,
- eine neue Haltung und Kommunikation aller beteiligten Akteure zu entwickeln. Dazu gehört z.B. die Thematisierung von Zwangsvermeidung in Fortbildungen, eine neue Haltung zu Krankheit und Gesundheit und die Einbeziehung von Peers in allen Phasen einer Krisensituation;
  - bestehende Strukturen zu überprüfen, sowohl die Personalsituation als auch die atmosphärische. Auch der Abbau von aktuell vielerorts noch bestehenden berufsbedingten Hierarchien ist wünschenswert;



Bild: Katharina Fröhlich

- generell ein koordiniertes trialogisches Zusammenspiel aller beteiligten Akteure einer Region zu etablieren und zu einer individuellen Abstimmung und Koordination der Hilfen im Einzelfall zu kommen.

Zwangsvermeidung kann gelingen, wenn sich alle beteiligten Akteure verantwortlich fühlen, bei der Aufstellung und Weiterentwicklung gemeinsamer Hilfsangebote die Anwendung von Zwang infrage zu stellen.

Der Tag machte deutlich, dass die Erfahrungenperspektive zur Stärkung der Selbstbestimmung in den Blick genommen werden muss, um Zwangsvermeidung zu erreichen. Um dies anzugehen, ermutigte Franz-Josef Wagner die Anwesenden zur politischen Mitwirkung. Er warb für die Mitarbeit in der organisierten Selbsthilfe und lud als eine Möglichkeit Einzelpersonen wie Vereine zur Mitgliedschaft bei NetzG ein, um gemeinsam die Interessen der Erfahrenen zu vertreten (weitere Informationen unter [www.netzg.org](http://www.netzg.org)).

### Der Rahmen

Der Workshop wurde von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Gemeindepsychiatrischen Verbände e.V. (BAG GPV) initiiert, die mit zwei Kooperationsprojekten, einmal auf Bundes- sowie auf Landesebene, das Thema Zwangsvermeidung in den Blick nimmt und dabei besonders die Sichtweise Betroffener einbezieht. Beide Projekte wurden im Rahmen des Workshops vorgestellt.

Ein Projekt hat die Entwicklung eines Monitoringsystems zur Zwangsvermeidung zum Ziel. Dazu kreieren Regionen mit Unterstützung der BAG GPV und der Aktion Psychisch Kranke e.V. (APK) ihre eigenen regionalen Projekte. Jede Region fokussiert sich auf unterschiedliche Aspekte. Beispielsweise wird in Gießen die Schnittstelle zwischen Polizei/Ordnungsbehörde und Gesundheitseinrichtungen betrachtet, in Solingen die gemeinsame Kommunikation der Einrichtungen und Dienstleister im psychiatrischen Versorgungsverbund gefördert, um so die Prävention zu stärken.

Dieses Projekt ist Teil des vom Bundesministerium für Gesundheit geförderten Gesamtprojekts der BAG GPV, der APK, der Charité Berlin, dem Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf und der Universität Hamburg zur Vermeidung von Zwangsmaßnahmen im psychiatrischen Hilfesystem (ZVP). Verschiedene zwangsvermeidende Maßnahmen wurden identifiziert und werden derzeit in sieben verschiedenen Teilprojekten getestet, wie beispielsweise der Einfluss von Peer-Begleitung, Behandlungsvereinbarungen und eine trialogische Befragung zu Alternativen. Aus dem Gesamtprojekt sollen zu Projektende Empfehlungen an Kommunen, Länder und Bund fließen.

Das zweite Projekt ist eine Befragung von Betroffenen durch Betroffene und läuft aktuell ebenfalls in Nordrhein-Westfalen (siehe den Bericht von Tom Klein in der vorhergehenden Umschau und im Internet unter <https://www.psychiatrie-verlag.de/fileadmin/storage/dokumente/Diverse/>

2018/Tom\_Klein\_Auf\_der\_Suche\_nach\_Alternativen\_18-3.pdf). Dieses Format ermöglicht es Zwangserfahrenen, anonym und im geschützten Rahmen ihre Erfahrungen kritisch zu beleuchten, ohne Nachteile durch das Hilfesystem befürchten zu müssen.

Das Hauptaugenmerk der Befragung wie des Selbsthilfe-Workshops gilt der Entwicklung von Alternativen zu Zwangsmaßnahmen. Welche Maßnahmen hätten eine Zwangssituation vermeiden können, was hätte besser laufen können bzw. was genau hätte dem Betroffenen in der Situation geholfen, um eine Krisensituation zu entschärfen?

Ziel ist es, nicht in einer krisisierenden Stimmung zu verharren, sondern Alternativen zur Zwangsvermeidung gemeinsam zu entwickeln. Dies ist im Workshop gelungen und bedarf nun der weiteren Vertiefung. ◀

**Linda Mische**, BSc. Psychologie, ist Projektkoordinatorin ZVP NRW, **Katharina Fröhlich**, Soziologie M.A., Projektorganisatorin ZVP. Beide sind in der Geschäftsstelle der Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbände e.V. tätig. Kontakt: [projekt@bag-gpv.de](mailto:projekt@bag-gpv.de)

### Dokumentation der Debatte um Zwang und Gewalt

Alle Umschaubiträge zum Thema »Zwang und Gewalt« seit 2011, also dem ersten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu dem Thema, sind online auf der Seite der Umschau zu finden:

<https://www.psychiatrie-verlag.de/zeitschriften/psychosoziale-umschau.html>

Das Thema wird dort durch mehr als zwanzig, zum Teil sehr persönliche Beiträge von Psychiatrieerfahrenen, Angehörigen und Profis diskutiert. ◀